



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros
Frau Beate Ebeling
Brunnenstraße 128
13355 Berlin

Marcus Weinberg MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-51271 /-51272
F 030. 227-50139

marcus.weinberg@bundestag.de
www.cducusu.de

Berlin, 18. Dezember 2015

**Ihr Schreiben vom 26.10.2015 zu frauen- und gleichstellungspolitischen
Aspekten der Bundespolitik**

Sehr geehrte Frau Ebeling,

vielen Dank für die Zusendung der Beschlüsse der 23. Bundeskonferenz an
den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Herrn Volker Kauder MdB
und an mich. Herr Kauder MdB hat mich gebeten, Ihnen auch in seinem
Namen zu antworten.

Die acht Beschlüsse enthalten wichtige, interessante Anregungen zur
Frauenpolitik. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fokussiert sich zurzeit auf
folgende Themen in der Frauenpolitik: Förderung beruflicher Gleichstellung,
Bekämpfung von Fremdbestimmung in der Prostitution, Gewaltschutz sowie
die Verbesserung der Sprach- und Bildungsprogramme für weibliche
Flüchtlinge. Nichtsdestotrotz sind auch die anderen von Ihnen
angesprochenen Themen von Bedeutung und werden in die politische
Diskussion einfließen.

Gerne würde ich zu zwei Ihrer Themen ausführlicher Stellung nehmen.

Prostitution:

Das rot-grüne Prostitutionsgesetz aus dem Jahr 2002 hat den von den
damaligen Initiatoren gewünschten Effekt nicht erreicht, sondern in der
Praxis dazu geführt, dass die Bordellindustrie in Deutschland boomt. Der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es ein zentrales Anliegen, diese Verhältnisse
in Deutschland zu beenden. Wir kämpfen dafür, dass in dieser
Legislaturperiode ein wirksames Prostituiertenschutzgesetz kommt, welches
die Fehler der Vergangenheit behebt. Das Ziel dieses Gesetzesvorhabens ist es,
den Prostitutionsmarkt in einer Form zu regeln, die die Organisierte
Kriminalität zurück drängt und Prostituierte vor Fremdbestimmung und

schlechten Arbeitsbedingungen schützt. Dabei geht es uns nicht nur um die Bekämpfung von Zwangsprostitution und Menschenhandel, sondern wir wollen jede Form der Fremdbestimmung in der Prostitution verhindern. Was den Schutz von Schwangeren und Wöchnerinnen anbelangt, sind wir ganz bei Ihnen. Wir haben einen solchen Passus in den Gesetzentwurf aufnehmen lassen.

Gewaltschutz für Flüchtlingsfrauen und -mädchen:

Wir sehen hier ebenso wie Sie großen Handlungsbedarf. Viele Frauen und Mädchen erleiden oft vor, auf und nach der Flucht sexuelle Gewalt. Sie brauchen auf ihre Situation angepasste psychosoziale Beratungsangebote. Die Unionsfraktion hat daher dafür gesorgt, dass Projektmittel (3,75 Mio. Euro) zur Unterstützung und Beratung von schwangeren und vergewaltigten Flüchtlingsfrauen und -mädchen im Haushalt 2016 zur Verfügung gestellt werden. Weitere 15 Mio. Euro fließen in die Förderung von Sprachkursen, damit gut ausgebildeten Flüchtlingen der Hochschulzugang ermöglicht wird. Ihre Empfehlung dem Erwerb von Sprachkompetenzen von weiblichen Flüchtlingen ein besonderes Augenmerk zu widmen und Ihre Empfehlung Beratungsangebote der Gewaltschutzhotline auf Bedürfnisse von Flüchtlingsfrauen anzupassen, gehen wir gerne nach.

Mit freundlichen Grüßen

